Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 1 (1960)

Heft: 37

Vorwort: Unsere Stellungnahme zum Osthandel

Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bern, 5. Oktober 1960 Preis 50 Rp.

DER KLARE BLICK

1. Jahrgang, Nummer 37 Wöchentlich, zweimonatliche Beilage

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Bern
Redaktion und Verwaltung: Dr. Peter Sager, Postfach 1178, Bern-Transit
Jahresabonnement Fr. 20.— Postcheckkonto III 24616, Telephon 2 77 69 Druckerei: Verbandsdruckerei AG Bern

KAMPFBLATT FÜR FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND EIN STARKES EUROPA

Unsere Stellungnahme zum Osthandel

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat beschlossen, das Abkommen über den Interzonenhandel mit der sowjetischen Besatzungszone auf Ende des Jahres zu künden. Diese Massnahme ist die Antwort auf die Uebergriffe Ulbrichts in Berlin.

Damit hat Bonn eine Initiative von grundsätzlicher Bedeutung in der Frage des Osthandels ergriffen. Die Bundesrepublik ist demnach der Ansicht, der Handel mit kommunistischen Staaten sei nicht in erster Linie der wirtschaftlichen, sondern der politischen Beurteilung zu unterstellen und als politisches Instrument zu handhaben.

Mit der Drohung eines Handelsstops will Bonn eine Konzession in der Berlinfrage erzwingen. Der Erfolg der Drohung wird wesentlich von zwei Dingen abhängen: Ob die übrige westliche Wirtschaft sich ebenfalls enthalten kann, den drohenden Ausfall an Importen der Ostzone aus Gewinnsucht nun selbst decken zu wollen; und ob westdeutsche Unternehmer nicht versuchen werden, die Massnahme Bonns zu umgehen.

Die Auffassung, dass der Osthandel als politisches Instrument zu betrachten sei, setzt voraus, dass nun einmal mit den kommunistischen Ländern gehandelt wird. Damit wird aber eines der heikelsten Probleme unserer Zeit aufgeworfen.

Der kommunistische Staat und einige westliche Unternehmer fördern diesen Warenaustausch, weil er beiden Vorteile zu bringen scheint. Der Osthandel ist andererseits gefährlich, weil der Kommunismus die Beherrschung der Welt anstrebt und den Aussenhandel als Mittel zum Zweck einsetzt.

Unsere öffentliche Meinung ist daher in die beiden Gruppen der materiell interessierten Befürworter und der ideell motivierten Gegner gespalten.

Der Handel mit der kapitalistischen Welt stellt für den kommunistischen Staat nicht nur wirtschaftlich ein Sicherheitsventil dar, sondern in erster Linie ein Mittel zum Erreichen politischer Ziele. Er soll den kommunistischen Block in die Lage versetzen, einen Einfluss in der freien Welt auszuüben. Da der Aussenhandel dank dem absoluten Monopol unter der Leitung des Staates seht (siehe S. 2), kann er als politisches Instrument zweifellos wirksam eingesetzt werden. Die freie Welt muss sich deshalb überlegen, welche Haltung sie einnehmen soll.

Ein absolutes Verbot ist praktisch undurchführbar. So wurde das amerikanische Ostembargo durch den Widerstand einiger europäischer Staaten (und das Chinaembargo durch Zuwiderhandlung einiger amerikanischer Unternehmer) durchlöchert.

Ferner würde die totale wirtschaftliche Spaltung der Welt mit hermetischer Abriegelung auch für uns gewisse Schäden verursachen. So müssten Japan bei einem Verbot des Handels mit dem kommunistischen Asien neue Märkte eröffnet werden, was wiederum Frankreich und England in Schwierigkeiten bringen würde.

Endlich ist man im Westen über gewisse Mangelwaren aus dem Osten froh.

Es kann also festgestellt werden, dass die Demokratien Schwierigkeiten hätten, das Ostgeschäft endgültig abzustellen. Eine Politik, die nicht zu verwirklichen ist, darf aber nicht als Ziel gesetzt werden.

Der Osthandel ist heute, real gesehen, unvermeidlich. Er ist aber nur gerechtfertigt, wenn er erstens als Antwort auf die Massnahmen des Ostens ebenfalls als politisches Instrument eingesetzt wird, und zweitens auf dem wirtschaftlich unvermeidlichen Minimum bleibt.

Ungehemmter Handel konkurrierender westlicher Unternehmer mit den östlichen Monopolisten bringt den Westen in Abhängigkeit zum Ostblock.

Der westliche Unternehmer, der auf Grund seiner Ostaufträge die Kapazität ausbaut, ist wegen erhöhter Krisenanfälligkeit auf die Weiterführung des Handels angewiesen. Er wird sogar für die Aufrechterhaltung des Geschäfts einen Preis bezahlen und sein politisches Verhalten danach richten.

Diese Gefahr besteht schon in Finnland und Oesterreich, wo zur Leistung der Reparationen eine auf den Osten ausgerichtete Produktion aufgebaut werden musste, die nun bloss durch den Ostblock absorbiert werden kann.

Es gibt nur eine Regel, nach der gehandelt werden muss:

Der Unternehmer muss aus eigener Ueberzeugung eine staatsbürgerlich-politische Haltung einnehmen und fordern. Er muss bereit sein, einen Beschluss seines Verbandes und seines Staates herbeizuführen und zu befolgen. Es gibt heute schon Unternehmer in der Schweiz, die Ostaufträge auch bei unausgelasteter Kapazität ablehnen.

Ob der Osthandel eines Landes das zulässige Mass überschreitet, entscheidet sich jedoch nicht nur nach dem Grad der Abhängigkeit vom Ostgeschäft, sondern auch nach der Zumutbarkeit der Importe aus dem Osten. Jeder Export wird schliesslich durch die Einfuhr anderer Waren bezahlt.

Die schweizerische Wirtschaft dürfte noch keine gefährliche Abhängigkeit vom Osthandel aufweisen. Anders verhält es sich aber mit dem Import aus kommunistischen Ländern. Er überschreitet heute das zumutbare Mass.

Schweizer Firmen, die nach dem Osten exportieren, müssen sich oft im Rahmen von Kompensationsgeschäften nachhaltend für den Verkauf östlicher Waren bei uns einsetzen. So wurden kürzlich Geschäftsleute, die ein Unternehmen mit starkem Ostexport besuchten, in aller Form gebeten, doch ja Waren aus der Sowjetunion zu übernehmen.

Eine Handelsfirma richtete an viele Pfarrer und Priester ein Schreiben, um für Kirchenbasars besonders billige bulgarische Nippsachen und Spielwaren anzubieten. Dem Schreiben lagen zwei Referenzen von Pfarrern bei, welche die Qualität und den billigen Preis der Ware lobten und ihren Amtsbrüdern empfahlen, den Basar durch diese Waren zu beleben und einträglicher zu gestalten.

Die Tschechoslowakei fördert den Absatz ihrer Autos in der Schweiz neuerdings durch eine Gratisreise mit Flugzeug und drei Tagen Aufenthalt in Prag für alle Käufer von Neuwagen.

Die Sowjetunion hat Ende August im «Schweizer Handelsamtsblatt» fünf Zigarettenmarken zum Warenschutz angemeldet. Eine davon nennt sich zur Erinnerung an den 1931—1933 gebauten Weissmeerkanal «Belomor-Kanal». Dieser Wasserweg wurde mit Zwangsarbeit erstellt und hat nach vorsichtigen Schätzungen mehreren tausend politischen Häftlingen das Leben gekostet.

Der Konsument der westlichen Welt muss die Gewissheit haben, dass Ostimporte sowohl wirtschaftlich wie moralisch zumutbar sind. Das können sie nur sein, wenn der Osthandel eindeutig der staatsbürgerlich-politischen Beurteilung unterstellt ist und nicht der blossen privaten Gewinnabsicht.

Es ist Sache eines jeden einzelnen Bürgers, durch seine Nachfrage oder Kaufsverweigerung die Macht auszuüben, die ihm gegeben ist. Dazu ist allerdings mehr Folgerichtigkeit Voraussetzung, als jener Segelflugklub zeigte, der letzten Sommer in seinem Organ zur Abwehr des Kommunismus aufrief, im gleichen Heft aber den Ankauf eines Segelflugzeugs aus der Tschechoslowakei mit dem Hinweis auf den Preisvorteil begründete.

Peter Sager.